



Liebe Leserinnen und Leser,

mehr als 3,7 Millionen Menschen gingen am Sonntag in Frankreich auf die Straße, um den Opfern der Terroranschläge in Paris ihr Mitgefühl auszudrücken. Und um deutlich zu machen, dass sie sich ihre Art zu leben durch derart brutale Überfälle nicht nehmen lassen.

Die Menschen in Paris sind nicht allein in diesen schweren Tagen. Wir teilen ihr Leid. Etwa 50 Staats- und Regierungschefs haben persönlich an der beeindruckenden Trauerveranstaltung in Paris teilgenommen. Angela Merkel an der Spitze und viele weitere Teilnehmer aus Deutschland machten klar, dass wir unseren französischen Nachbarn in diesen Stunden noch verbundener sind als sonst.

In den Gesichtern der Teilnehmer konnte man ablesen, welche Wunden der Anschlag gerissen und welche Entschlossenheit er gleichzeitig hervorrief. Auch wir sind entschlossen, uns von der Angst nicht beherrschen zu lassen. Wir werden die Werte der Freiheit gegen Fanatismus und Terror verteidigen.

Ohne Meinungsfreiheit und ohne die Freiheit der Presse ist Demokratie nicht denkbar. Auch dann, wenn uns nicht jedes Ergebnis, jedes Produkt dieser Nutzung der Freiheitsrechte gefallen mag. Aber es muss sie geben dürfen. Meinungs- und Pressefreiheit sind wesentliche Grundlage für unser freiheitliches und demokratisches Europa.

Es ist gut, dass Christen, Juden und Muslime, Inländer und Ausländer, Politik und Zivilgesellschaft überall in Europa die Terroristen gemeinsam als das benennen, was sie sind: Gemeine, feige und heimtückische Verbrecher, deren Tat für niemanden ein Gewinn ist. Und deren Verbrechen keine Rechtfertigung finden können. In keiner Ideologie und in keiner Religion dieser Welt. Dies unterstrichen wir in Plenardebatte und bei einer vom Zentralrat der Muslime organisierten Mahnwache vor dem Brandenburger Tor.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

KURZ UND BÜNDIG

22.12. Trauerstaatsakt für Dr. Ernst Albrecht, Niedersachsens ehem. Ministerpräsident

6.1. Sitzung der Gemeinderatsfraktion

7.1. Sitzung des CDU-Kreisvorstands Wolfenbüttel

9. und 12.1. Sitzungen der CDU-Kreistagsfraktion Wolfenbüttel

9.1. Bericht aus Berlin beim Neujahrstammtisch des CDU-Ortsverbands Schladen

13.1. Öffentliche Mahnwache des Zentralrats der Muslime „Für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland, für Meinungs- und Religions-freiheit“

DABEI SEIN – TERMINE

20.1. 9 bis 11 Uhr Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Wolfenbüttel

22.1. Rede beim Neujahrsempfang der CDA in Braunschweig

25.1. Braunkohlwanderung des CDU-Gemeindeverbands Cremlingen



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 1. bis 5. Dezember

Nationaler Bildungsbericht – Bildung in Deutschland 2014. Als zentralen Erfolg kann der Bildungsbericht eine generelle Erhöhung des Bildungsstands der Bevölkerung und eine steigende Zahl der Hochschulanfänger feststellen. Diese war im Berichtsjahr zum ersten Mal so hoch wie die Zahl der Ausbildungsanfänger.

Bei aller Wertschätzung für die akademische Bildung müssen und werden wir Sorge dafür tragen, die duale berufliche Ausbildung in Deutschland zu stärken. Sie ist ebenso Markenzeichen wie Erfolgskern unseres Landes und Grundlage für die hervorragende Qualität unseres Handwerks. Zugleich ist sie der wesentliche Grund dafür, dass Deutschland die geringste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa vorweisen kann.

Neben dem Regierungsbericht berieten wir einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD, der schon im Titel seine wesentlichen Ziele formuliert: Bildung in Deutschland gemeinsam voranbringen, Lehren aus dem Nationalen Bildungsbericht 2014 ziehen, Chancen der Inklusion nutzen. Damit ergänzen wir den Bildungsbericht, der die Situation von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zum Schwerpunkt macht.

gogischem Förderbedarf zum Schwerpunkt macht.

Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. Wir berieten in erster Lesung den Antrag der Bundesregierung, die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte durch eine Ausbildungsmission zu unterstützen. Der Einsatz erfolgt im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit gemäß Art. 24 Abs. 2 Grundgesetz und soll zu einer effektiven Bekämpfung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ („IS“) beitragen.

Grundlage ist ein Aufruf durch die Weltgemeinschaft, den von IS ausgehenden Terror als Gefahr für die internationale Sicherheit zu begreifen. In der Resolution 2170 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wird dies entsprechend benannt.

Der Einsatz von bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr, die in Rotation mit weiteren internationalen Partnern tätig werden, ist zunächst bis zum 31. Januar 2016 befristet. Begleitend kann, vorbehaltlich der ressortübergreifenden Abstimmung, eine weitere bedarfsorientierte Ausrüstungshilfe an die auszubildenden Streitkräfte erfolgen.



Fester Programmpunkt in Sitzungswochen ist die Fraktionssitzung am Mittwoch. Links neben mir: Bildungs- und Forschungsministerin Prof. Johanna Wanka.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Fünftes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze. Zur Verbesserung der Datenqualität und der Verfahrenssicherheit soll das Meldeverfahren in der sozialen Sicherung überarbeitet werden. Wir diskutierten die Maßnahmen in erster Lesung. Der Gesetzesentwurf umfasst weitere Regelungsinhalte, etwa zur Entgeltbescheinigung, zur Meldung von Daten für die Beitragsberechnung der Unfallversicherung sowie zur Rentenversicherung.



Asse-Streit: Uneinigkeit zwischen Asse II-Begleitgruppe und dem Bundesamt für Strahlenschutz erreicht Bundestag. Am Mittwoch fand, auch mit meiner Unterstützung, ein öffentliches Fachgespräch im Unterausschuss des Deutschen Bundestages zum Thema Asse II statt. Geladen waren die Asse II-Begleitgruppe (A2B), Vertreter des Landkreises Wolfenbüttel und Vertreter des Bundesumweltministeriums sowie des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Grund für den Termin im Ausschuss ist die aktuelle Auseinandersetzung, die zwischen der Asse-

II-Begleitgruppe und dem Bundesamt für Strahlenschutz über die Suche nach einem Zwischenlager, den Bau eines neuen Schachtes sowie die Verfüllung des Zugangs zu den Atommüllkammern entbrannt ist. Diese führte auch zu der Frage, auf welcher Basis der Begleitprozess weitergeführt werden soll. Meinen Fraktionskollegen war so die Möglichkeit gegeben, ein Stimmungsbild von den vor Ort bestehenden Differenzen aufzufangen. Da ich selbst Mitglied der Asse II-Begleitgruppe bin, war es mir außerordentlich wichtig, dass die Arbeit der Asse II-Begleitgruppe, wie auch schon zuvor das BfS, vom Ausschuss angehört wird.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass der Asse II-Begleitprozess ein Erfolgsmodell ist. Das haben wir in den letzten Jahren erreicht:

- Optionenvergleich,
- Stabilisierung/Notfallvorsorge,
- Schacht V,
- ein Konzept der Rückholungsplanung,
- ein Konzept einer Konditionierungsanlage, eines Puffer- und Zwischenlagers,
- ein Kriterienkatalog für ein Standortsuchverfahren und
- die Lex Asse, womit die Rückholung nun ein gesetzlicher Auftrag ist.

Dieser Begleitprozess stellt eine Blaupause für Bürgerbeteiligungsmodelle der Zukunft dar. International einzigartig und eine Chance zugleich – das sollte eine Motivation für alle Beteiligten sein, wieder an einem Strang zu ziehen.

Mittendrin im Wahlkreis 49
29. bis 30. November

Podiumsteilnahme bei arbeitsmarktpolitischer Tagung in Loccum. Unter dem Titel „Zehn Jahre SGB II: Wie lässt sich die Integration von Langzeitleistungsbeziehern eigentlich fördern“ organisierte die Evangelische Akademie Loccum vom 7. bis 8. Januar eine Tagung. Als



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

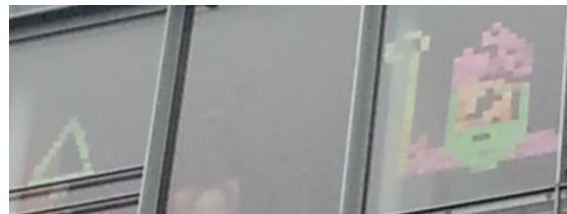
CDU

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales war ich als Podiumsteilnehmer geladen, um die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darzustellen.

Die gute Botschaft ist: Mit 43 Millionen Erwerbstätigen, von denen 30 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, geht es unserem Arbeitsmarkt hervorragend. Die schlechte Botschaft lautet: Rund eine Million Langzeitarbeitslose profitieren von dieser tollen Entwicklung kaum. Das kann auf Dauer nicht so bleiben, weshalb das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Initiative „Chancen eröffnen – soziale Teilhabe sichern“ auf den Weg brachte. Diese besteht aus:

1. Einer intensiveren Betreuung, Beratung und Vermittlung in Aktivierungszentren. Hierfür stehen 1.000 Stellen aus dem auslaufenden Programm Perspektive 50plus bis 2018 zur Verfügung. Kostenpunkt: 350 Millionen Euro.
2. Einem durch ESF-Mittel flankierten Programm für arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose ohne Berufsabschluss. Ihr Verbleib soll nach einer Vermittlung in Arbeit u.a. durch intensives Coaching und eine kontinuierliche persönliche Begleitung im Job gestärkt werden. Es umfasst außerdem Lohnkostenzuschüsse an die Arbeitgeber von bis zu 100 Prozent, um Minderleistungen auszugleichen. Bis 2019 sollen 33.000 Menschen gefördert werden. Kostenpunkt: 850 Millionen Euro, wobei 470 Millionen aus ESF-Mitteln und 415 Millionen aus dem Eingliederungstitel im SGB II stammen.
3. Einem BMAS-Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose. Insbesondere Menschen, die wegen gesundheitlicher Einschränkung besonderer Förderung bedürfen und Bedarfsgemeinschaften, in denen Kinder leben, sollen hiervon profitieren. Es richtet sich insgesamt an 10.000 Personen. Kostenpunkt: 75 Millionen Euro bei Programmstart 2015, anschließend 150 Millionen Euro jährlich.
4. Einer besseren Gesundheitsförderung und beruflicher Rehabilitation. Indem Integrationsprojekte nicht mehr an einen bestimmten Grad der Behinderung oder speziellen Vermittlungshemmnissen abhängen sollen, profitieren künftig auch psychisch Kranke mit einem Behinderungsgrad unter 50.

Ich begrüße sehr, dass das BMAS anstelle eines Gießkannenprinzips eine Schwerpunktsetzung verfolgt. So kann die Qualität der Förderung deutlich verbessert werden. Gleichzeitig wissen wir, dass eine gute Wirtschaftslage positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Darum arbeiten wir weiter an unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik.



Kreative Schaffenspausen wie in Form dieser „Klebezettelinstallation“ gehören auch im Bundestag dazu.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Ausgeglichener Bundeshaushalt bereits 2014.

Diese Woche staunten wir nicht schlecht, als die Meldung mit dem schon im letzten Jahr erreichten Haushaltsausgleich kam. Eigentlich war davon erst für 2015 ausgegangen worden, doch das machte unsere Freude umso größer. Erstmals seit 1969 kommt eine Bundesregierung ohne neue Schulden aus – und das sogar bei gleichzeitigen Einnahmensteigerungen um 5,5 Milliarden Euro. Damit lösen wir als CDU und CSU zwei zentrale Wahlversprechen ein.



Neue Beratungs-Hotline zur Weiterbildung.

Wer sich beruflich weiterbilden oder verändern möchte, kann sich nun telefonisch beraten lassen. Hierfür richtete das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen bundesweiten Informationsdienst ein, der werktags zwischen 10 und 17 Uhr unter der Rufnummer 030/20189090 für kostenlose Gespräche zur Verfügung steht. Im Erprobungszeitraum der neuen Beratungs-Hotline können Anrufer aus Niedersachsen und einigen weiteren Bundesländern sogar direkt zu qualifizierten Beratern in Wohnortnähe weitergeleitet werden

Getestet wird das neue Serviceangebot in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit sowie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Weitere Informationen finden sich unter www.der-weiterbildungsratgeber.de.

Kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung wird fortgesetzt. Die kommunale Finanzsituation hat sich deutlich verbessert. Seit

2012 erzielen die Kommunen insgesamt wieder Überschüsse. Hiervon ist auch für das laufende Jahr und die Folgejahre auszugehen. Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung hat daran einen bedeutenden Anteil. Unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenwahrnehmung dürften die Länder die nachfolgenden Leistungen des Bundes von insgesamt 11,8 Milliarden Euro an die Kommunen als Träger der Aufgabe weiterleiten:

- Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (rund 5,9 Milliarden Euro),
- Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung (4,9 Milliarden Euro, davon 500 Millionen Euro als zusätzliche Entlastung),
- Beteiligung des Bundes am bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren (1 Milliarde Euro).

Wenn Kommunalvertreter monieren, für sie vorgesehene Entlastungen würden sie nicht erreichen, ist auf die Finanzverfassung zu verweisen. Die Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft und damit auch in der Gestaltung der Finanzbeziehungen zu ihren Kommunen frei. Bei Entlastungen ist es an den Ländern, diese ihren Kommunen tatsächlich auch zukommen zu lassen. Sie haben eine Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen.

Auch bei weiteren Leistungen des Bundes an die Länder bestehen kommunale Bezüge. Eine Ausarbeitung dazu ist auf meiner Homepage im Bereich „Service/Links und Downloads“ mit dem Thema „Bundespolitik und Kommunalfinanzen“ zu finden.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

